**Stadt Haldensleben
Die Bürgermeisterin
Bauamt**

**B e s c h l u s s v o r l a g e
für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 07.06.2018**

Beschluss-Nr.: 369-(VI.)/2018

**Gegenstand der Vorlage:
Behandlung der Anregungen und Beschluss der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes
"Sondergebiet Südhafen" als Satzung**

Gesetzliche Grundlagen:

§ 10 Baugesetzbuch (BauGB)
§ 8 Kommunalverfassungsgesetz Land Lachsen-Anhalt (KVG LSA)

Begründung:

Die Stadt Haldensleben beabsichtigt bis Ende dieses Jahres die Kosten für die im Bebauungsplan festgesetzten Kompensationsmaßnahmen auf die Eingriffsverursacher umzulegen, da die Beitragspflicht ansonsten verjährt. Für die beabsichtigte Umlage der Kosten nach § 135 a BauGB ist eine planbestimmte Zuordnung der einzelnen Kompensationsmaßnahmen zu den entsprechenden Eingriffsflächen erforderlich. Dies war in der derzeit rechtskräftigen Fassung des Bebauungsplanes nicht gegeben.

Des Weiteren konnten einige der festgesetzten Waldumwandlungsmaßnahmen bisher nicht umgesetzt werden. Aus diesem Grund sollten den Eingriffen, die mit dem Bebauungsplan vorbereitet wurden, neue externe Kompensationsmaßnahmen planbestimmt zugeordnet werden.

Die vorliegende Änderung berührt nicht die Grundzüge der Planung, es besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB i. V. m. der Anlage 1 zum Gesetz und es gibt keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter, da das zulässige Maß der Versiegelung des bereits rechtskräftigen Bebauungsplanes nicht geändert wird. Das 2. Änderungsverfahren zum Bebauungsplan „Sondergebiet Südhafen“ wird aus diesem Grunde im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung am 01.03.2018 gebilligt. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 08.03.2018 um Stellungnahme zum Planungsentwurf gebeten. Es sind keine Stellungnahmen eingegangen, die zu einer Änderung des Entwurfes geführt haben. Parallel hat der Entwurf der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ in der Zeit vom 16.03.18 bis einschließlich 18.04.18 öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der öffentlichen Auslage wurden im Stadtanzeiger am 08.03.18 ortsüblich bekannt gemacht. Im Rahmen der öffentlichen Auslage sind keine Stellungnahmen von Bürgern eingegangen. Der Abwägungsvorschlag i. S. d. § 1 Abs. 7 BauGB der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen ist ausgearbeitet und liegt zur Prüfung und Billigung als Anlage 2 dieser Beschlussvorlage bei.

Der Satzungsbeschluss zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ kann somit gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Aufwendg./Auszahlg.: 3.748,50 EUR

HH-Jahr 2018, KTR: 5110102, KST:60100101,I.-Nr.: -, SK/FK 527109/

Die Mittel stehen planmäßig zur Verfügung: ja nein

Deckungsquelle:

(Mehr-)Erträge/Einzahlg.: EUR

HH-Jahr, KTR: , KST: ,I.-Nr.: , SK/FK /

Beschlussempfehlungen und -fassungen:

Ausschuss	am:	Abstimmungsergebnis
Bauausschuss	16.05.2018	
Hauptausschuss	17.05.2018	
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Forsten und Abwasserangelegenheiten	23.05.2018	
Stadtrat	07.06.2018	

Anlagen:

Anlage 1: Lageplan

Anlage 2: Abwägungsvorschläge

Anlage 3: 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ - Satzungsfassung

Beschlussfassung:

Die Behandlung der im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) abgegebenen Stellungnahmen wird bestätigt. Der Abwägungsvorschlag im Sinne des § 1 Abs. 7 BauGB wird gebilligt.

Aufgrund des § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist und des § 8 des Kommunalverfassungsgesetzes Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA), beschließt der Stadtrat der Stadt Haldensleben die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ in der Fassung vom 20.04.2018 als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.

Der Beschluss der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ als Satzung wird gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Südhafen“ tritt mit dieser Veröffentlichung nach § 10 BauGB in Kraft.

Der Bebauungsplan sowie die Begründung werden im Stadtbauamt Haldensleben, Markt 21, während der üblichen Dienststunden zu jedermann Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

i.V.

Wendler
stellv. Bürgermeisterin